



## Allgemeine Geschäftsbedingungen Käuffer & Co. Online GmbH

### Produkt: Trinkwasserhygiene-Prüfung

#### 0. Vorbemerkungen

Die Käuffer & Co. Online GmbH, Obere Austr. 1, 55120 Mainz (nachfolgend kurz Auftragnehmer), bietet ihrem Auftraggeber einen Komplettservice für die Trinkwasserhygiene-Prüfung an. Unter welchen Voraussetzungen der Auftragnehmer seine Leistungen anbietet und welche Leistungsinhalte hiervon im Einzelnen umfasst sind, wird durch den zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer geschlossenen Vertrag (Angebotsvorschlag, Angebot, Annahme) unter Einbeziehung der nachfolgenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen bestimmt.

#### 1. Allgemeines

Der Auftragnehmer ist berechtigt, Dritte mit der Erfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen zu beauftragen.

#### 2. Vertragsschluss

2.1 Basierend auf den Angaben des Auftraggebers im Angebotsrechner des Auftragnehmers (zugänglich u.a. auf [www.kaeuffer-online.de](http://www.kaeuffer-online.de)) übersendet der Auftragnehmer dem Auftraggeber einen unverbindlichen Angebotsvorschlag (sog. Einladung zur Abgabe eines Angebots).

2.2 Dieser Angebotsvorschlag und dazugehörige Kostenvoranschläge des Auftragnehmers sind freibleibend und unverbindlich, sofern sie nicht ausdrücklich als verbindlich gekennzeichnet sind. Dies gilt auch, wenn der Auftragnehmer dem Auftraggeber Kataloge, technische Dokumentationen (z.B. Zeichnungen, Pläne, Berechnungen, Kalkulationen, Verweisungen auf DIN-Normen), sonstige Produktbeschreibungen oder Unterlagen – auch in elektronischer Form – überlassen hat.

2.3 Ein verbindlicher Vertrag über die vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen kommt erst zustande, wenn der Auftraggeber den ihm übersandten Angebotsvorschlag unterschrieben an den Auftragnehmer zurückgesandt (nachfolgend kurz Auftragserteilung) und der Auftragnehmer diese Auftragserteilung innerhalb von 14 Tagen nach dem Zugang ausdrücklich angenommen (nachfolgend kurz Auftragsbestätigung). Die Übersendung der unterschriebenen Auftragserteilung an den Auftragnehmer kann entweder per Post oder per E-Mail-Scan erfolgen. Der Vertrag kommt erst mit der Auftragsbestätigung durch den Auftragnehmer zustande.

#### 3. Widerrufsbelehrung für Verbraucher

Widerrufsrecht: Sie haben das Recht, binnen vierzehn Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beträgt vierzehn Tage ab dem Tag des Vertragsabschlusses. Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie uns, Käuffer & Co. Online GmbH, Obere Austr. 1, 55120 Mainz (Tel: +49 (0) 61 31 63 96-0, E-Mail: [kontakt@kaeuffer-online.de](mailto:kontakt@kaeuffer-online.de)), mittels einer eindeutigen Erklärung (z.B. ein mit der Post versandter Brief, einer E-Mail) über Ihren Entschluss, diesen Vertrag zu widerrufen, informieren. Sie können dafür das beigefügte Muster-Widerrufsformular verwenden, das jedoch nicht vorgeschrieben ist. Zur Wahrung der Widerrufsfrist reicht es aus, dass Sie die Mitteilung über die Ausübung des Widerrufsrechts vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden.

#### Folgen des Widerrufs:

Wenn Sie diesen Vertrag widerrufen, haben wir Ihnen alle Zahlungen, die wir von Ihnen erhalten haben, einschließlich der Lieferkosten (mit Ausnahme der zusätzlichen Kosten, die sich daraus ergeben, dass Sie eine andere Art der Lieferung als die von uns angebotene, günstigste Standardlieferung gewählt haben), unverzüglich und spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag

zurückzahlen, an dem die Mitteilung über Ihren Widerruf dieses Vertrags bei uns eingegangen ist. Für diese Rückzahlung verwenden wir dasselbe Zahlungsmittel, das Sie bei der ursprünglichen Transaktion eingesetzt haben, es sei denn, mit Ihnen wurde ausdrücklich etwas anderes vereinbart; in keinem Fall werden Ihnen wegen dieser Rückzahlung Entgelte berechnet. Haben Sie verlangt, dass die Dienstleistungen während der Widerrufsfrist beginnen sollen, so haben Sie uns einen angemessenen Betrag zu zahlen, der dem Anteil der bis zu dem Zeitpunkt, zu dem Sie uns von der Ausübung des Widerrufsrechts hinsichtlich dieses Vertrags unterrichten, bereits erbrachten Dienstleistungen im Vergleich zum Gesamtumfang der im Vertrag vorgesehenen Dienstleistungen entspricht.

#### 4. Durchführbarkeit

4.1 Der Auftraggeber sichert zu, dass sämtliche von ihm gemachten Angaben (Ziffer 2.1.) richtig und vollständig sind. Sollte sich herausstellen, dass eine der Angaben unzutreffend ist und die vertraglich geschuldete Leistung deswegen nicht erbracht werden kann, wird der Auftragnehmer von seiner Leistungspflicht frei. § 649 BGB gilt entsprechend.

4.2 Kann die geschuldete Leistung wegen unzutreffender Angaben des Auftraggebers nicht zu den vereinbarten Konditionen erbracht werden, übermittelt der Auftragnehmer dem Auftraggeber ein Angebot zur Anpassung des Vertrages. Nimmt der Auftraggeber dieses Angebot nicht innerhalb von 14 Tagen nach Übermittlung des Angebots an oder lehnt er dies ausdrücklich ab, ist der Auftragnehmer zum Rücktritt von dem Vertrag berechtigt. § 649 BGB gilt auch dann entsprechend.

4.3 Abgesehen von unzutreffenden Angaben des Auftraggebers können Umstände eintreten, die eine Durchführbarkeit der vereinbarten Leistung unmöglich machen. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn die örtlichen Gegebenheiten der Erfüllung der Leistungspflichten des Auftragnehmers entgegenstehen, oder der Auftraggeber bereits selbstständige Teile der Leistung selbst erbracht hat. Hat der Auftraggeber auf diese Umstände nicht vorher schriftlich hingewiesen, steht dem Auftragnehmer in diesen Fällen ein außerordentliches Kündigungsrecht mit den in Ziffer 15.2. beschriebenen Folgen zu.

#### 5. Bestandteile des Vertrages

Der zwischen den Parteien geschlossene Vertrag besteht aus den nachfolgenden Dokumenten: dem Text dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen (ohne Anlagen), der unterschriebenen oder elektronisch übermittelten Auftragserteilung des Auftraggebers sowie der Auftragsbestätigung des Auftragnehmers. Falls mehrere Angebotsvorschläge aufgrund von nötigen Änderungen erstellt und an den Auftraggeber versandt werden, basiert die Auftragserteilung immer nur auf dem letzten Angebotsvorschlag des Auftragnehmers.

#### 6. Auslegung des Vertrages

6.1 Der zwischen den Parteien geschlossene Vertrag enthält eine abschließende und umfassende Beschreibung des Leistungsgegenstandes und geht allen anderen Dokumenten vor. Der Auftragnehmer übernimmt über die ausdrücklich im Vertrag geregelten Leistungen hinaus keine weitergehenden Liefer- und Leistungsverpflichtungen. Abweichungen hiervon bedürfen der ausdrücklichen Vereinbarung zwischen den Parteien.

6.2 Der Auftragnehmer übernimmt keine Garantien. Die gesetzlichen Gewährleistungsrechte bleiben nach Maßgabe der Regelungen in Ziffer 13 unberührt.



## 7. Liefer- und Leistungsverpflichtungen des Auftragnehmers; Trinkwasserhygiene-Prüfung

### 7.1. Leistungsumfang

7.1.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den im Angebot beschriebenen Leistungsumfang umsetzen.

7.1.2 Die Hygieneprüfung wird von zertifizierten Fachkräften und die Analyse der gezogenen Proben wird von einem zertifizierten Labor durchgeführt.

7.1.3 Die Umsetzung erfolgt an der vom Auftraggeber im Vertrag angegebene(n) Anschrift(en). Wenn der Auftraggeber nach vorher bestätigtem Termin nicht anwesend ist bzw. der Auftragnehmer keinen Zugang zu den Räumlichkeiten hat, werden dem Auftraggeber die bis dahin anfallenden Kosten berechnet.

7.1.4 Werden während der Trinkwasserhygiene-Prüfung Mängel erkannt, die die Durchführung der Trinkwasserhygiene-Prüfung unmöglich machen, wie zum Beispiel das Fehlen erforderlicher Probeentnahnehähne, macht der Auftragnehmer diese dem Auftraggeber bekannt und der Auftraggeber wird über die Kostenwirkung informiert. Der Auftragnehmer beginnt mit der Mängelbeseitigung erst nach Auftragserteilung durch den Auftraggeber.

### 7.2 Fertigstellung einschließlich Abnahme

7.2.1 Im Anschluss an die Fertigstellung der Dienstleistung erstellen die Parteien ein Protokoll über die durchgeführte Prüfung.

7.2.2 Gemäß den gesetzlichen Vorschriften werden die gezogenen Proben einem zertifizierten Labor übergeben. Dieses Labor trägt die Haftung für die Analyse der Proben und die Erstellung des Prüfberichtes.

7.2.3 Die Ergebnisse der Probenentnahme und der Probenanalyse werden ausschließlich dem Auftraggeber entsprechend der gesetzlichen Vorgaben zur Verfügung gestellt.

## 8. Pflichten des Auftraggebers

8.1 Spätestens mit der Übersendung der Auftragserteilung hat der Auftraggeber den Auftragnehmer über Umstände zu informieren, die nach seiner Sicht die Erbringung der Dienstleistung erschweren könnten. Hierzu zählen insbesondere, aber nicht ausschließlich, der Umfang der Dienstleistung und der Zugang zu den spezifischen Räumen und technischen Anlagen, die im direkten Zusammenhang mit der zu erbringenden Dienstleistung stehen.

8.2 Vor Beginn der Trinkwasserhygiene-Prüfung hat der Auftraggeber die nötigen Angaben zu der Trinkwasseranlage dem Auftragnehmer zu benennen.

8.3 Kosten, die aus einer fehlerhaften oder unterbliebenen Mitteilung oder einem anderweitigen Verstoß gegen eine der Pflichten des Auftraggebers entstehen, sind vorbehaltlich der Haftung nach Ziffer 14 vom Auftraggeber zu tragen.

## 9. Termine, Verzug

9.1 Die Umsetzung der Dienstleistung erfolgt innerhalb von 14 Tagen nach Ablauf der Widerrufsfrist durch den Auftragnehmer, sofern keine andere ausdrückliche Vereinbarung zwischen den Parteien getroffen wurde (dies ist beispielsweise der Fall, wenn das Widerrufsrecht vorzeitig erloschen ist, weil der Auftragnehmer die geschuldete Leistung aufgrund des ausdrücklichen Wunsches des Auftraggebers vor Ablauf der Widerrufsfrist erfüllt hat). Die Parteien stellen klar, dass mit der Setzung eines Umsetzungstermins kein absolutes Fixgeschäft vereinbart wurde.

9.2 Treten vom Auftragnehmer oder seinen Vorlieferanten nicht zu vertretende Störungen im Geschäftsbetrieb auf, insbesondere Fälle höherer Gewalt, Streik und Aussperrung, die auf einem unvorhersehbaren und unverschuldeten Ereignis beruhen und zu schweren Betriebsstörungen führen, so verschieben sich die angegebenen Termine entsprechend. Wird aufgrund der genannten Störungen die Vertragserfüllung unmöglich, so sind beide Parteien zur Kündigung des Vertrags berechtigt. Der Auftragnehmer hat in diesem Falle Anspruch auf Vergütung der bis dahin erbrachten Leistungen, wobei zu den erbrachten Leistungen auch Ansprüche Dritter zählen, die er im Vertrauen auf die Durchführung des Vertrages beauftragt hat. § 649 BGB gilt entsprechend. Mögliche ersparte Aufwendungen werden gegengerechnet. Weitergehende Schadensersatzansprüche sind beiderseits ausgeschlossen.

9.3 Der Eintritt des Verzugs des Auftragnehmers bestimmt sich nach den gesetzlichen Vorschriften. Ein Anspruch auf Ersatz des Verzugs Schadens entsteht nur, wenn der Auftragnehmer diesen zu vertreten hat. In jedem Fall ist aber eine Mahnung durch den Auftraggeber erforderlich. Gerät der Auftragnehmer in Verzug, so kann der Auftraggeber pauschalierten Ersatz seines Verzugs Schadens verlangen. Die Schadenspauschale beträgt für jede vollendete Kalenderwoche des Verzugs 0,5% des Nettopreises (Liefer-/Auftragswert), insgesamt jedoch höchstens 5% des Liefer-/Auftragswerts. Das Verlangen eines höheren Schadens bleibt dem Auftraggeber vorbehalten. Dem Auftragnehmer bleibt der Nachweis vorbehalten, dass dem Auftraggeber kein Schaden oder nur ein wesentlich geringerer Schaden als vorstehende Pauschale entstanden ist.

9.4 Die Rechte des Auftraggebers gem. Ziffer 13 und die gesetzlichen Rechte des Auftragnehmers insbesondere bei einem Ausschluss der Leistungspflicht (z.B. aufgrund Unmöglichkeit oder Unzumutbarkeit der Leistung und/oder Nacherfüllung) bleiben unberührt.

## 10. Preise und Zahlungsbedingungen

10.1 Die Preise des Auftragnehmers gelten für den in der Auftragsbestätigung bestätigten Leistungsumfang. Die Preise verstehen sich inklusive der gesetzlichen Mehrwertsteuer.

10.2 Die Rechnung wird innerhalb von 7 Tagen ohne Skontoabzug fällig. Die Übersendung der Rechnung erfolgt unmittelbar nach Fertigstellung und Abnahme. Eine Teilzahlung ist nur erlaubt, wenn der Auftragnehmer dem ausdrücklich zugestimmt hat.

10.3 Kommt der Auftraggeber in Verzug nach Mahnung bzw. 30 Tage nach Zugang der Rechnung gem. § 286 Abs. 3 BGB, ist die Rechnungssumme während des Verzugs zum jeweils geltenden gesetzlichen Verzugszinssatz zu verzinsen. Der Auftragnehmer behält sich die Geltendmachung eines weitergehenden Verzugs Schadens vor. Dem Auftraggeber bleibt der Nachweis unbenommen, dass kein Zinsschaden entstanden ist. Gegenüber Kaufleuten bleibt der Anspruch des Auftragnehmers auf den kaufmännischen Fälligkeitszins (§ 353 HGB) unberührt.

10.4 Die Aufrechnung mit Gegenansprüchen des Auftraggebers oder die Zurückbehaltung wegen solcher Ansprüche ist nur zulässig, soweit die Gegenansprüche unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind. Dies gilt nicht, soweit es sich dabei um Mängelrügen oder Gegenansprüche aus demselben Vertrag des Auftraggebers handelt.

10.5 Der Auftragnehmer ist berechtigt, ausstehende Lieferungen oder Leistungen nur gegen vollständige Vorauszahlung oder Sicherheitsleistung auszuführen oder zu erbringen, wenn ihm nach Abschluss des Vertrages Umstände bekannt werden, welche die Kreditwürdigkeit des Auftraggebers



10.4 Die Aufrechnung mit Gegenansprüchen des Auftraggebers oder die Zurückbehaltung wegen solcher Ansprüche ist nur zulässig, soweit die Gegenansprüche unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind. Dies gilt nicht, soweit es sich dabei um Mängelrügen oder Gegenansprüche aus demselben Vertrag des Auftraggebers handelt.

10.5 Der Auftragnehmer ist berechtigt, ausstehende Lieferungen oder Leistungen nur gegen vollständige Vorauszahlung oder Sicherheitsleistung auszuführen oder zu erbringen, wenn ihm nach Abschluss des Vertrages Umstände bekannt werden, welche die Kreditwürdigkeit des Auftraggebers wesentlich zu mindern geeignet sind (z.B. ein Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens).

10.6 Im Falle einer Abtretung von Forderungen des Auftragnehmers aus diesem Vertrag wird der Auftragnehmer eine von ihm rechtswirksam unterzeichnete Original-Abtretungsanzeige an den Auftraggeber schicken, aus der sich Name, Anschrift und Kontoverbindung des neuen Gläubigers, die Höhe der abgetretenen Forderung und das Datum der Abtretung ergeben. Ohne vollständige Einhaltung dieser Pflicht ist der Auftraggeber weiterhin zur Zahlung an den Auftragnehmer berechtigt.

10.7 Sollten weitere Proben entsprechend der gesetzlichen Vorschrift gezogen werden müssen, die über die Anzahl der vom Auftraggeber im Vorfeld zur Angebotserstellung benannte Zahl hinausgeht, gehen diese zu Lasten des Auftraggebers.

## 11. Beschaffenheitsmerkmale; Mängelansprüche; Verjährung

11.1 Für die Rechte des Auftraggebers bei Sach- und Rechtsmängeln (einschließlich Falsch- und Minderumsetzung) gelten die gesetzlichen Vorschriften, soweit im Nachfolgenden nichts anderes bestimmt ist.

11.2 Grundlage der Mängelhaftung ist der vereinbarte Umfang der Dienstleistung.

11.3 Soweit die Beschaffenheit nicht vereinbart wurde, ist nach der gesetzlichen Regelung zu beurteilen, ob ein Mangel vorliegt oder nicht. Für öffentliche Äußerungen Dritter (z.B. Werbeaussagen) übernimmt der Auftragnehmer jedoch keine Haftung.

11.4 Wurde die Dienstleistung im Rahmen des vereinbarten Leistungsumfangs nachweislich und belegbar mangelhaft erbracht, kann der Auftragnehmer eine Nacherfüllung durch Beseitigung des Mangels verlangen. Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer die zur Nacherfüllung erforderliche Zeit und Gelegenheit zu geben, insbesondere das Objekt und die Trinkwasseranlage zu Prüfzwecken zugänglich zu machen. Die zum Zweck der Prüfung und Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen, insbesondere Transport-, Wege-, Arbeits- und Materialkosten, trägt der Auftragnehmer, wenn tatsächlich ein Mangel vorliegt. Stellt sich jedoch ein Mangelbeseitigungsverlangen des Auftraggebers als unberechtigt heraus, kann der Auftragnehmer die hieraus entstandenen Kosten vom Auftraggeber ersetzt verlangen.

11.5 Neben der gesetzlichen Regelung in § 637 BGB hat der Auftraggeber in dringenden Fällen, z.B. bei Gefährdung der Betriebssicherheit oder zur Abwehr unverhältnismäßiger Schäden, das Recht, den Mangel selbst zu beseitigen und Ersatz der hierzu objektiv erforderlichen Aufwendungen zu verlangen. Von einer derartigen Selbstvornahme ist der Auftragnehmer unverzüglich, nach Möglichkeit vorher, zu benachrichtigen. Das Selbstvornahmerecht besteht nicht, wenn der Auftragnehmer berechtigt wäre, eine entsprechende Nacherfüllung nach den gesetzlichen Vorschriften zu verweigern.

11.6 Im Falle des Fehlschlagens der Nacherfüllung gelten die gesetzlichen Vorschriften, soweit hier nichts anderes geregelt wurde.

11.7 Ansprüche des Auftraggebers auf Schadensersatz bzw. Ersatz vergeblicher Aufwendungen bestehen nur nach Maßgabe von Ziffer 14 und sind im Übrigen ausgeschlossen.

## 12. Haftung

12.1 Der Auftragnehmer haftet bei grobem Verschulden (grobe Fahrlässigkeit und Vorsatz). Eine Haftung für Fahrlässigkeit ist mithin ausgeschlossen, es sei denn wesentliche Vertragspflichten wurden verletzt, die zur Erfüllung bzw. zur Erreichung des Vertragszweckes notwendig sind.

12.2 Eine Haftung für mittelbare Schäden oder Folgeschäden ist ausgeschlossen, es sei denn, der ausführende Auftragnehmer hat einen Schaden grob fahrlässig oder vorsätzlich verursacht.

12.3 Der Höhe nach ist die Haftung auf die Höhe der abgeschlossenen Versicherungssummen begrenzt. Der Nachweis über die Höhe und die Gültigkeit der Versicherungsverträge wird auf Anforderung erbracht.

12.4 Der Ersatz von Schäden der Verletzung von Gesundheit und Leben des Kunden erfolgt entsprechend der gesetzlichen Regelungen.

12.5 Eine Haftung aufgrund nur unvollständig durchgeführter Probenahmen ist ausgeschlossen, wenn und soweit der Grund der unvollständigen Probenahme darin liegt, dass der Zutritt zu der Liegenschaft oder den Wohnungen des Kunden verwehrt wurde oder weil der Kunde aufgrund zu später Beauftragung die gesetzlichen Fristen nicht einhalten konnte.

12.6 Wegen einer Pflichtverletzung, die nicht in einem Mangel besteht, kann der Auftraggeber nur zurücktreten oder kündigen, wenn der Auftragnehmer die Pflichtverletzung zu vertreten hat.

## 13. Kündigung

13.1 Dem Auftragnehmer stehen die Kündigungsrechte nach § 643 BGB einschließlich der sich daran anknüpfenden Rechtsfolgen zu.

13.2 Macht der Auftraggeber von seinem Kündigungsrecht nach § 649 BGB Gebrauch, gilt die gesetzliche Rechtsfolge.

## 14. Alternative Streitbeilegung

Die Käuffer & Co. Online GmbH nimmt nicht an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle teil.

## 15. Schlussbestimmungen

15.1 Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des Internationalen Privatrechts und des UN-Kaufrechts.

15.2 Änderungen und Ergänzungen der zwischen dem Auftragnehmer und dem Auftraggeber getroffenen vertraglichen Vereinbarungen bedürfen der Schriftform, wobei der Austausch von E-Mails dem Schriftformerfordernis genügt.

15.3 Gerichtsstand ist der Geschäftssitz des Auftragnehmers, soweit der Auftraggeber Kaufmann ist oder über keinen allgemeinen Gerichtsstand in Deutschland verfügt. Diese Gerichtsstandwahl greift nicht für Verbraucher.



15.4 Soweit einzelne Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam sind oder werden, bleibt hiervon die Gültigkeit der übrigen Vertragsbestimmungen unberührt. Anstelle der unwirksamen Bestimmung gilt diejenige wirksame Regelung als vereinbart, die dem in der unwirksamen Bestimmung zum Ausdruck gekommenen Willen der Vertragsparteien so nahe wie möglich kommt. Entsprechendes gilt, soweit der Vertrag eine von beiden Parteien nicht gewollte Lücke aufweist.

15.5 Von diesen Allgemeinen Geschäftsbedingungen abweichende oder diesen Allgemeinen Geschäftsbedingungen entgegenstehende Bedingungen des Auftraggebers oder Dritter sowie die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB) finden keine Anwendung, es sei denn, der Auftragnehmer hat diesen ausdrücklich zugestimmt. Dieses Zustimmungserfordernis gilt auch dann, wenn der Auftragnehmer in Kenntnis Allgemeiner Geschäftsbedingungen des Auftraggebers die Lieferung an ihn vorbehaltlos ausführt.

Stand: 09. Februar 2017

## Muster-Widerrufsformular

Wenn Sie den Vertrag widerrufen wollen, dann füllen Sie bitte dieses Formular aus und senden Sie es zurück.

Hiermit widerrufe(n) ich/wir (\*) den von mir/uns (\*) abgeschlossenen Vertrag über den Kauf der folgenden Waren (\*)/die Erbringung der folgenden Dienstleistung (\*):

Bestellt am (\*)/erhalten am (\*):

Name des/der Verbraucher(s):

Anschrift des/der Verbraucher(s):

---

Datum

---

Unterschrift des/der Verbraucher(s)  
(nur bei Mitteilung auf Papier)

(\*) unzutreffendes streichen